

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 85 (2007)
Heft: 1

Artikel: Die Verunsicherung von oben
Autor: Wartenweiler, Johannes
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-342002>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verunsicherung von oben

Die Wahl von Christoph Blocher im Dezember 2003 in den Bundesrat bedeutete, dass ein alter Mann eine junge Frau aus der Regierung drängte. Aber auch, dass ein Politiker mit eigener Agenda eine Technokratin aus dem Amt wirft.

Johannes Wartenweiler

Blocher hat in den letzten drei Jahren bewiesen, dass er ein anderes Rollenverständnis hat als seine VorgängerInnen und KollegInnen. Das fängt im Kleinen an. Etwa, wenn er die Tourismusförderung auf einen symbolischen Franken zusammenstreichen will. Oder seinen Amtskollegen Moritz Leuenberger wegen der Flugzeugkollision von Überlingen zum Rücktritt auffordert. Oder sich über die Bussenpraxis der Polizei beschwert. Oder unangemeldet im Flughafengefängnis Kloten auftaucht.

Er zeigt sich der Öffentlichkeit zusammen mit seiner Frau Silvia in seiner Villa am Zürichsee und seinem Schloss im Kanton Graubünden und bringt Glamour in den spröden republikanischen Politikalltag. Obwohl er ein steinreicher Mann ist und von den Medien wie kaum eine zweite Person im Land lanciert, kokettiert er weiterhin mit der Rolle eines Underdogs und eines Opfers des linken Mainstreams in den Medien. Bezeichnenderweise war er der Einzige, der anlässlich der Wahlen 2003 vom Schweizer Fernsehen im Fonds seines Wagens und nicht im Studio interviewt wurde.

Diese Eigenwilligkeiten und Eitelkeiten sind aber nur Fussnoten seines politischen Programms. Blocher liess sich in den Bundesrat wählen, weil er etwas bewirken und verändern wollte in diesem Land. Ist ihm dies gelungen?

Ergebnisse

Bei der Albisgüetlirede 2007 zog Blocher eine sehr positive Zwischenbilanz¹: Seit seiner Wahl laufe es nicht mehr ganz nach dem Gusto der Rot-Grünen. Der Elendsweg, die Misswirtschaft, die faulen neunziger Jahre seien entzaubert. Damals seien die Schulden gestiegen und die Ausländerkriminalität. Asyl- und Sozialmissbrauch hätten zugenommen. Nun wehe ein neuer Wind durch das Land, es gäbe Steuersenkungen in den Kantonen, die 5. IV-Revision bekämpfe den IV-Missbrauch, der EU-Beitritt sei kein strategisches Ziel mehr und die Schweizer trügen das Schweizerkreuz wieder stolz auf ihrer Brust.

Blochers Selbstlob steht allerdings im auffälligen Widerspruch zu den vielen Niederlagen, die er und seine Partei seit 2003 hinnehmen musste: Die Avanti-Initiative – ein hirnrissiges Strassenbauabenteuer – und das Steuerpaket 2004 wurde von der Stimmbevölkerung versenkt. Privatisierungspläne kamen nicht vom Fleck. Blocher und seine Partei konnten weder die Mutterschaftsversicherung noch die

¹ www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/red/2007/2007-01-19.html

einheitlichen Kinderzulagen verhindern. Schliesslich sind auch alle europapolitischen Abstimmungen (Schengen/Dublin und die Bilateralen zwei sowie die Kohäsionsmilliarde für die neuen EU-Mitglieder) angenommen worden. SP-Präsident Hans-Jürg Fehr fasst korrekt zusammen, wenn er sagt, die SVP sei eine Verliererpartei – und das fällt automatisch auf Blocher zurück.²

Fehrs Stellvertreter Pierre-Yves Maillard macht auf das Paradox aufmerksam, dass die von den bürgerlichen Politikern und ihren Hinterleuten betriebene Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung nicht durchgeführt werden konnte, dass die Schweiz im europäischen Vergleich aber trotzdem über ein solides Wachstum verfüge. Auch da ist Blocher mitgemeint.³

Die SP hat natürlich alles Interesse, Blocher und sein Wirken herunterzuhandeln. Aber auch Urs Paul Engeler, der Bundeshauskorrespondent der blocher-nahen «Weltwoche» ist nicht zufrieden. Er diagnostiziert einen Blocher in der Defensive, einen Blocher, der sich vor allem um die Wiederwahl im Dezember Sorgen mache:

«Bisher galten Sitze und Pöstchen ihm stets nur als Mittel zum politischen Zweck und nie als Ziel. Absichten und Instrumente geraten durcheinander. Blocher wirkt unfrei und unglaubwürdig, wenn er sich als unverzichtbare radikale Alternative anbietet und gleichzeitig als artiger Kollege die Arbeit des Bundesrates lobt.»⁴

Engeler plädiert für Blochers Rücktritt. Er solle sich wieder in den Nationalrat

wählen lassen und mit einer neuen Bundesratskandidatur die politische Polarisierung vorantreiben:

«Christoph Blocher oder die Koalition der Illusionäre? Bürgerliche Politik der Beschränkung oder erneute Ausuferung des Staates? Stärkung der Schweiz oder Flucht in supranationale Gebilde? Mitte-rechts-Regierung oder Gang der SVP in die Opposition.»

Blocher, der ein Leben lang gegen das freisinnige Establishment angerannt ist, scheint sich in seinen Amt sichtlich wohl zu fühlen. Mit einer gewissen Zurückhaltung – gut zu beobachten in seiner Albisgütli-Rede 2007 – will er den bürgerlichen GegnerInnen keinen Anlass geben, ihn abzuwählen. Die SVP droht aber bereits heute im Falle einer Nichtwahl Blochers mit der Opposition und macht damit Druck auf die bürgerliche Mitte. Links-Grün hat bereits angekündigt, auch 2007 Blocher nicht zu wählen.

Blocher im Bundesrat

Blochers Mission ist für die SVP noch nicht zu Ende. Seine Präsenz im Bundesrat sorgt für permanente Spannung. Er kennt keine Rücksichtnahme gegenüber seinen KollegInnen, mischt sich in ihre Dossiers ein. Er führte Ende 2005 FDP-Bundesrat Hansrudolf Merz in Sachen Swisscom vor. Über weite Strecken achtet er das Kollegialitätsprinzip. Aber dann lässt er es wieder links liegen. Bei seinem Auftritt auf dem Rafzer Feld im Frühling 2005 stellte er sich unverhohlen gegen das Schengen/Dublin-Abkommen, das der Bundesrat gegen heftigen rechten Widerstand durchbringen wollte.⁵ Und im November 2006 liess er in der Türkei vernehmen, die Antirassismus-Strafnorm bereite ihm Bauchschmerzen und müsse

SP-Präsident Fehr

fasst korrekt

zusammen, wenn

er sagt, die SVP

sei eine Verlierer-

partei – und das

fällt automatisch

auf Blocher zurück.

² http://al.sp-ps.ch/data/DIV/Medienkonferenzen/070108_Jahresauftakt/070108_HJFehr.d.pdf

³ http://al.sp-ps.ch/data/DIV/Medienkonferenzen/061020_1%20Jahr%20vor%20den%20Wahlen/061020_PYM_D.pdf

⁴ Weltwoche, 4.1.2007

⁵ www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/red/2005/2005-05-08.html

revidiert werden. Mit diesem Alleingang schmeichelte er sich bei der türkischen Regierung ein, setzte sich aber auch über alle hiesigen Gepflogenheiten hinweg.

Bekannt sind auch seine Auftritte an Abstimmungssonntagen. Da inszeniert er sich als Volkstribun, der dem unbedingten Willen des Volks Nachachtung zu verschaffen hat. Er tat dies bei der Verwahrunginitiative. Er tat dies aber auch bei der gescheiterten Vorlage zur erleichterten Einbürgerung im Herbst 2004, die er gegen seinen Willen als Bundesrat zu vertreten hatte. Das trug ihm den bislang schärfsten Tadel eines Kollegen ein: Bundesrat Pascal Couchepin (FDP) bezeichnete Blochers Haltung als gefährlich für die Demokratie: «Wir Liberalen hatten immer Angst vor einer Politik, die mit Emotionen spielt. ... Das Bündnis zwischen einem charismatischen Herrscher und dem von ihm manipulierten Volk ist nicht unsere Sache; es ist Sache der Diktaturen.»⁶

Bei Halbzeit der Legislatur kam der Historiker Hans Ulrich Jost zum Schluss, dass Blochers Einfluss begrenzt sei: «Ausufernde Querelen im Bundesrat verhindern jeden ansatzweise konstruktiven Wurf.» Nicht der Bundesrat bestimme die Politik, sondern wirtschaftliche Interessen. «Dilettantische Auftritte des Duos Blocher/Merz sind zur Imagepflege nicht geeignet.»⁷

Blocher im EJPD

Das Justizdepartement war nicht Blochers Wunschdepartement. Lieber hätte er sich als Finanzminister gesehen. Das EJPD ist vergleichsweise klein – hat aber mit dem Dossier Migration und Sicherheit zwei Bereiche, die für Blocher und seine Wählerschaft wichtig sind.

Blocher brachte einen neuen Stil ins EJPD. Er stellte die Hierarchie wieder her: «Technokraten lösen die Probleme, erfüllen den Auftrag und stellen Anträge»⁸, liess er verlauten. Er kommuniziert offen und direkt und versteckt sich nicht hinter persönlichen Mitarbeitern und Stabsstellen. Er holte sich den langjährigen EMS-Generalsekretär Walter Eberle ins Generalsekretariat und krepelte den Betrieb um. Er bezeichnete die Verwaltung pauschal als «geschützte Werkstatt». Ende 2005 liess er verlauten, dass er die jährlichen Kosten im Departement um 80 Millionen Franken gesenkt habe. Er strich Stabsstellen und Kommunikationsabteilungen.

Im Mittelpunkt dieser Reorganisation stand das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF). Blocher machte Ernst mit einem Projekt, das schon seit einiger Zeit in der Luft lag, und vereinigte das BFF mit der Fremdenpolizei (IMES) zum Bundesamt für Migration (BFM) unter dem wendigen Chefbeamten Eduard Gnesa.

Darunter litt natürlich das Arbeitsklima.⁹ An der Spitze des EJPD hatte Blocher weitgehend freie Hand. Zum Herzstück wurde die Asylgesetzrevision, die er gegen den Willen des Bundesrates im Parlament verschärfte und dabei Elemente der von der SVP lancierten und 2002 abgelehnten Asylinitiative integrierte. Er baute Bestimmungen ein, die Völkerrechtsexperten als menschenrechtswidrig einstufen, und setzte sich in der Volksabstimmung vom September 2006 durch. Um zu verhindern, dass aus der Abstimmung ein Plebiszit für oder gegen ihn werden kann, liess er sich nicht auf Auseinandersetzungen mit den Gegnern ein. Ein bereits vereinbartes Streitgespräch mit dem Bischof von Chur liess er absagen. Es gab auch keinen Auftritt gegen Bundesrätin Ruth Dreifuss in der Fernseh-

⁶ NZZ am Sonntag, 3.10.2004

⁷ WOZ, 8.12.2005

⁸ Bund, 12.2.2004

⁹ Tages-Anzeiger, 14.10.2005

dung Arena. Gleichzeitig tingelte Blocher durchs Land und betrieb bei der «Information» der Bevölkerung einen grossen Aufwand. Gleichzeitig aber warnte er vor genau dieser Art von Überzeugungsarbeit: «Ich mahne Behörden und Politiker, das Volk wo immer möglich vor Gängelung, Bevormundung und moralistischer Besserwisserei zu verschonen», sagte er in einer 1.-August-Ansprache.¹⁰

In Fragen der Inneren Sicherheit hielt der ultraliberale Blocher am Kurs seiner VorgängerInnen fest: Mehr Staatsschutz, mehr Überwachung. Ein erster Entwurf für ein neues Staatsschutzgesetz, der an die Öffentlichkeit gelangte, war ein Freibrief für die Schnüffelei. Blocher musste ihn zurückziehen. Ein revidierter Entwurf steht zurzeit in der Vernehmlassung – er wird den Staatsschutzbehörden zusätzliche Kompetenzen zur Bekämpfung des Terrorismus geben. Zur Bekämpfung des Hooliganismus brachte Blocher ein Gesetz durch die Räte, das eine nationale Datenbank mit Rayonverboten und Vorbeugehaft verbindet. Bei der Zusammenarbeit mit den kriegsführenden USA kennt Blocher keine Neutralitätspolitischen Bedenken. Seine Untergebenen beschaffen sich ihre Informationen aus Verhören, die im menschenrechtswidrigen US-Gefängnis Guantanamo stattgefunden haben. Das stört Blocher nicht.

Blocher, das Parlament und die Gerichte

Vom Parlament hielt er als Oppositionspolitiker nie viel. Als er 1999 in der Kampfwahl gegen Ruth Dreifuss nicht gewählt wurde, schleuderte er das geflügelte Wort «Wir sehen uns bei Philippi wieder» in den Saal. Inzwischen hat sich seine Verachtung insofern ein bisschen gelegt, dass auch er vom Parlament

gewählt werden muss. (Er würde sich natürlich lieber vom Volk wählen lassen). Ihm dürfte nicht entgangen sein, dass er unter anderem deswegen an der Stelle von Ruth Metzler sitzt, weil diese das Parlament schnöd behandelt hat. In den Kommissionen lässt sich Blocher nichts zuschulden kommen. Er ist präsent und informiert und durchaus bereit, eine Idee zur weiteren Verarbeitung in Empfang zu nehmen.

Heikler gestaltet sich sein Verhältnis zur dritten Gewalt – zu den Gerichten. Zwar war es bei der Albisgütli-Tagung 2007 der Kantonalpräsident der Zürcher SVP, der vor den rot-grünen Richtern warnte. Aber Blocher agiert so, als würde er jedes Komma dieser Vorwürfe mittragen.

Er ging – wie Verfassungsrechtler Ulrich Zimmerli in der NZZ ausführte¹¹ – verfassungswidrig vor, als er in seiner Kompetenz als Justizminister die Zahl der Bundesrichter festlegen wollte. Und er erntete dafür pointierte Kritik von Bundesrichter Hans Wiprächtiger. Es ritze die Gewaltentrennung, wenn die Exekutive auf die Personalpolitik der Judikative Einfluss nehme, weil damit schnell auch Einfluss auf die Rechtsprechung genommen werde, sagte Wiprächtiger in einem Zeitungsinterview: «Dann haben wir bald Verhältnisse wie in Italien, wo Silvio Berlusconi nach seinem Gusto mit den Richtern umspringt.»¹²

Vor allem aber der unabhängigen Asylrekurskommission (ARK) gegenüber hält sich Blocher nicht an das Gebot der Gewaltentrennung: 2005 sprach er im Zusammenhang mit einem schwierigen Fall in Rüslikon von exzessivem Rechtsschutz, den die ARK gewährt haben soll. Im folgenden Jahr bezeichnete er in seiner Albisgütli-Rede zwei Albaner als Kriminelle, denen von der ARK der

Vor allem der unabhängigen Asylrekurskommission gegenüber hält sich Blocher nicht an das Gebot der Gewaltentrennung.

¹⁰ www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/red/2006/2006-07-31.html

¹¹ NZZ, 11.8.2005

¹² Neue Luzerner Zeitung, 24.7.2005

Flüchtlingsstatus zugestanden worden war (Ein Auslieferungsbegehren an Albanien hatte das Bundesgericht abgelehnt.). Blocher leugnete lange, wurde dann aber der Lüge überführt und musste sich im Ständerat entschuldigen. Eine Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) machte publik, dass das BFM Blocher wegen der Gewaltentrennung zur Zurückhaltung angehalten hatte.¹³

**Blocher ist
ein Mann der
Teppichetagen
des Finanzplatzes.**

Auch 2007 steht wieder die ARK – inzwischen ist sie Bestandteil des Bundesverwaltungsgerichts – im Fokus seiner Kritik. Blocher ärgert sich über ihre Urteile zugunsten von Kriegsverweigerern – Desertieren aus Eritrea und wirft der ARK vor, mit ihren Entscheiden würde sie die Erfolge im Asylwesen in Frage stellen.

Einen weiteren Konflikt führt Blocher um die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Diese soll direkt der Kontrolle des Bundesrates unterstellt werden – nicht nur administrativ sondern auch fachlich. Bundesanwalt Valentin Roschacher widersetzte sich diesen Absichten. Roschacher schwächte seine Position allerdings mit einem teilweise ungeschickten Vorgehen in einigen Fällen. So liess er rund sechs Milliarden Franken des russischen Ölkonzerns Jukos sperren. Diese Sperre wurde vom Bundesgericht aufgehoben. Blocher bezeichnete den Jukos-Fall als für «die Schweiz als Finanzplatz ein grosses Problem»¹⁴. Der Fall des Bankiers Oskar Holenweger führte schliesslich im Sommer 2006 zum Zerwürfnis zwischen Blocher und Roschacher. Verschiedentlich waren Informationen aus den Ermittlungen an die Öffentlichkeit gelangt – unter anderem auch die Tatsache, dass Roschacher einen ehemaligen Drogendealer auf den Bankier ansetzen liess. Blocher setzte Druck auf und verlangte umgehend einen Bericht von Roschacher. Dieser gelangte stattdessen an die

Medien und gab dort auf die Frage, ob denn jemand daran interessiert sei, die Bundesanwaltschaft zu destabilisieren und Ermittlungen auf dem Finanzplatz zu verunmöglichen, die Antwort, man mache sich halt seine Vorstellungen.¹⁵

Blocher und die Wirtschaft

Blocher ist ein Mann der Teppichetagen des Finanzplatzes. Über Beteiligungsgesellschaften von Martin Ebner profitierte er und seine EMS-Chemie bereits in den achtziger Jahren von den Möglichkeiten des Finanzkapitalismus. Erst sein Engagement gegen den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) kostete ihn sein Verwaltungsratsmandat bei der damaligen Nummer eins des Finanzplatzes, der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG). An den Debatten der neunziger Jahre um die Ausrichtung der Schweiz in einer globalisierten Wirtschaft war er eher Zaungast – die Weissbücher stammten eher aus dem freisinnigen Umfeld. Für Blocher und die SVP war die politische Isolation der Schweiz ein wichtiger Standortvorteil.

Die Einschätzung, dass die öffentlichen Haushalte ein grosses Problem der Schweiz seien, teilt er mit den Spitzen der Wirtschaft, die über steigende Steuerlast und Staatsverschuldung klagen.

Die Wahlen 2003 schufen die Voraussetzungen, um hier einzugreifen. Allein die Berserker-Taktik von Bundesrat und Parlament ging nicht auf. Das Steuerpaket wurde im Mai 2004 an der Urne abgelehnt. Die Unternehmenssteuerreform – seit Jahren eine politische Priorität – kommt seit Jahren nicht vom Fleck, so dass selbst aus Kreisen der SVP gewisse Anpassungen vorgeschlagen werden. Im spektakulärsten Fall von versuchter Pri-

¹³ www.parlament.ch/ko-au-gpk-vorsteher-ejpd.pdf

¹⁴ Tages-Anzeiger, 24.11.2004

¹⁵ Tages-Anzeiger, 6.6.2006

vatisierung fiel der neue Bundesrat – mit Blocher an der Spitze – auf die Nase. Die abrupte Kehrtwendung bei der Beurteilung des Auslandsengagements der Swisscom brachte dem Unternehmen im Dezember 2005 nicht nur einen deutlichen Kurssturz, sie erfolgte auch ohne nachvollziehbare Gründe.¹⁶ Zu diesem Schluss kam die GPK. Blocher hatte mit einem Mitwirkungsbericht und der Androhung von Verantwortlichkeitsklagen für den Aufsichtsrat die Diskussion komplett über den Haufen geworfen. Die Privatisierung fiel im Parlament wegen des Widerstandes von SP, Grünen und der CVP durch.

In anderen Bereichen agiert Blocher geschickter und weiss durchaus, wie die Interessen der Wirtschaft zu vertreten sind. So brach er bei der Revision des Patentrechts, die für die Parallelimporte wichtige Frage der nationalen Erschöpfung von Patenten heraus, um den Schutz von bio- und gentechnischen Erfindungen voranzutreiben. Beides dient der Pharmaindustrie. Sollen die Unternehmen im ersten Fall möglichst bald von neuen Regelungen profitieren, so bedeutet im zweiten Fall eine Verzögerung, dass eine für die Pharmaindustrie günstige Regelung noch eine Weile in Kraft bleibt.

Schliesslich lohnt es sich, noch einen Blick auf den ehemaligen «Bauernknecht» – Blochers Selbstbezeichnung in der «Weltwoche» – und sein Verhältnis zur Landwirtschaft zu werfen. Er hält an der Unterstützung der Bauern fest mit dem Hinweis, dass es nirgendwo eine vollständig liberalisierte Landwirtschaft gebe und dass man einen gewissen Grad an Selbstversorgung aufrecht erhalten müsse: «Ein Land, das sich nicht mehr selber ernähren kann, ist abhängig, erpressbar und vielerlei Bedrohungen ausgeliefert.» Blocher will deshalb die

Bauern weiterhin mit mehreren Milliarden Franken aus der Bundeskasse entlöhen, die damit verbundenen Auflagen aber einschränken oder abschaffen.¹⁷ Das hören viele Bauern gerne, müssen dann aber zu Kenntnis nehmen, dass Blocher auch für ein Freihandelsabkommen mit den USA ist, das nur um den Preis einer sehr weitgehenden Liberalisierung des Agrarsektors zu haben ist.

Schlussfolgerungen

Blocher ist nicht einfach der zweite Bundesrat, auf den die SVP gemäss Zauberformel Anspruch hat. Er ist sehr reich und deshalb persönlich unabhängig. Er vertritt wie seine bürgerlichen Kollegen bürgerliche und neoliberale Positionen, bringt aber zudem eine neue Dimension in die politische Realität: Die Verunsicherung von oben.

Blocher ist der erste Bundesrat, der das Ende des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit verkörpert. Er lässt keine politischen Kompromisse gelten, weil sie alle unnötig und faul sind. Es gibt keine Sowjetunion mehr, die mit ihrem gesellschaftlichen Gegenmodell den bürgerlichen Kreisen Angst macht.

BundesrätInnen waren bislang systemstabilisierend. Auch wenn sie wie CVP-Bundesrat Arnold Koller in Fragen der Inneren Sicherheit und der Asylpolitik neue restriktive Positionen formulierten oder wie FDP-Bundesrat Kaspar Villiger mit einer Finanzpolitik der leeren Kassen Druck auf den Staat ausübten. In ihrem Auftreten versuchten sie aber immer, die Kontinuität der Institutionen zu wahren. Blocher hält gar nichts davon. Er will kein System verkörpern, sondern es aus einer Machtposition heraus verändern. Blocher verbreitet deshalb Verunsicherung auf

Blocher ist der erste Bundesrat, der das Ende des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit verkörpert.

¹⁶ www.parlament.ch/ko-au-gpk-bericht-20060328.pdf

¹⁷ www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/red/2004/2004-10-07.html

**«Auf dem Weg
zur Schweiz AG
wäre ihm eine
plebiszitäre
Demokratie» lieb.
[...] Wir sollten
das nicht mit
Basisdemokratie
verwechseln.»
Oliver Fahrni**

allen Ebenen. Im Justizdepartement tritt er wie ein unternehmerischer Sanierer auf, im Bundesrat wie ein Störenfried. Er missachtet die Gewaltentrennung und mischt sich offen in die Angelegenheiten der Justiz ein. Die Öffentlichkeit provoziert er mit seinen Äusserungen. Diese hat ihm gegenüber ein gemischtes Gefühl. Einerseits gefällt ihr der Aussenseiter, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Andererseits macht er ihr mit seinem unbedingten Willen zur politischen Veränderung Angst.

Blocher wirkt aber nicht nur im institutionellen Rahmen beunruhigend. Seine neoliberalen Positionen stellen staatliches Handeln grundsätzlich in Frage und wollen es, wo immer möglich, durch Privatinitiative ersetzen. Blocher verkürt zwar die Schweiz, aber eigentlich kennt er keine Gesellschaft, sondern nur eine Ansammlung von Wirtschaftssubjekten auf der Suche nach dem persönlichen Glück. Den Herausforderungen einer wie von Blocher gewünschten Wettbewerbsgesellschaft müssen sich alle stellen, aber längst nicht alle sind ihnen gewachsen. Stimmungsmässig zeigt eine Politik à la Blocher bereits Wirkung. Trotz guter Wirtschaftsdaten treibt die Bevölkerung gemäss Sorgenbarometer 2006 die Angst um den eigenen Arbeitsplatz am meisten um.

Blocher appelliert in der Politik an nationale Werte und Traditionen. Im globalisierten Kampf der Volkswirtschaften ist er aber vor allem ein Verteidiger von

wirtschaftlichen Standortvorteilen der Schweiz: tiefe Steuern, ein unternehmerfreundliches Arbeitsrecht, das Bankgeheimnis, gute Beziehungen zu den USA. Das politische System der Schweiz hält er nur für bedingt fähig, diese Faktoren zu stärken. Ihm fehlen die Strukturen, mit denen man auch in der Politik schnelle und einschneidende Änderungen erzielen kann: Eine starke Exekutive, die sich in Volksbefragungen ständig neue politische Legitimation verschafft. Als besondere Form der Demokratie sollte man dies allerdings nicht missverstehen: Der Publizist Oliver Fahrni hat dies treffend zusammengefasst: «Auf dem Weg zur Schweiz AG wäre ihm eine plebiszitäre «Demokratie» lieb. Das ist jener Teil in Blochers Schriften und Schaffen, der niemals fehlt, auf den er wirklich hinarbeitet: alle Institutionen durch permanente Direktbefragungen der BürgerInnen auszuhebeln. Wir sollten das nicht mit Basisdemokratie verwechseln. Blocher möchte die BürgerInnen nackt, unvermittelt und biegsam vor sich haben.»¹⁸

Johannes Wartenweiler, Jg. 1960, ist Redaktor der Wochenzeitung (WoZ) in Bern und berichtet als solcher nicht nur, aber auch aus dem Bundeshaus. Eine gekürzte Version dieses Beitrages erscheint zeitgleich in der WoZ.

¹⁸ Wochenzeitung, 9.2.2006